



KOMMENTAR

Beschmissen, geschlagen, getreten, beleidigt werden – Berufsrisiko von Polizisten?

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten scheint inzwischen alltäglich zu sein. Ob am 1. Mai in Berlin oder anderenorts, bei Volksfesten, bei Fußballspielen, egal welcher Liga, immer wieder kommt es zu Gewalt gegen Kolleginnen und Kollegen. Selbst wenn einmal Gewalttäter identifiziert werden, machen Polizistinnen und Polizisten in der Regel die Erfahrung, dass Angriffe schon fast wie Kavaliersdelikte gehandhabt werden – Gerichte diese Gewalttaten nur mit geringen Strafen ahnden. Im Zweifelsfall müssen jugendliches Alter, fehlendes Vorstrafenregister beim Täter oder das viel zitierte „Berufsrisiko“ des Polizisten als Entschuldigung herhalten.

Selbst bei besonders brutalen Angriffen auf Polizisten, wie zuletzt im Fall der Bonner Salafisten-Demonstration, wo ein Angreifer gezielt versucht hatte, zwei der eingesetzten Polizisten zu töten, nur weil sie das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit geschützt haben.

Gewalt wird scheinbar schleichend legalisiert

Oder der Fall des Mönchengladbacher Polizeibeamten Michael Frehn, bei dem der Bundesgerichtshof das vom zuständigen Landgericht gegen den Angreifer verhängte Urteil wegen versuchten Mordes aufgehoben hat, weil bei dem Angriff doch tatsächlich (!!) das Merkmal der Heimtücke gefehlt habe – frei nach dem Motto, Polizisten müssen jederzeit damit rechnen, dass sie angegriffen oder verletzt werden.

Ein Blick in die polizeiliche Realität zeigt, um entsprechend der Einsatzlage ausreichend Funkstreifenwagen zu besetzen, müssen aufgrund der dünnen Personaldecke immer häufiger Kolleginnen und Kollegen alleine auf Streife bzw. Ermittlung fahren. Dass dies gerade im Hinblick auf die notwendige Eigensicherung der Polizisten problematisch ist und dazu führt, dass der Polizeidienst gefährlicher wird, als er ohnehin schon ist, sollte jedem klar sein. Von den möglichen Folgen im Gerichtsverfahren ganz zu schweigen.



Spricht man die aktuelle Situation an, hört man vielfach Lippenbekenntnisse wie „wir haben die Probleme der Polizei erkannt und sind auf einem guten Weg, sie zu lösen.“ Diese Lippenbekenntnisse reichen schon lange nicht mehr aus, sondern führen im Gegenteil zur Demotivation.

So zeigt zum Beispiel die sicher repräsentative Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ in Nordrhein-Westfalen eine breite Resignation in den Reihen der Polizeibeschäftigten auf. Dort verzichten vier von zehn Polizistinnen und Polizisten, die angegriffen worden sind, trotz eindeutiger Rechtslage auf einen



Landesvorsitzender Christian Schumacher

Strafantrag. Fast 80 Prozent von ihnen halten eine strafrechtliche Verfolgung der Angreifer entweder für aussichtslos oder sie befürchten im Falle einer Anzeige sogar dienstliche Nachteile.

Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten dürfen daher nicht bagatellisiert, sondern müssen kritisch analysiert werden und zu Konsequenzen führen.

Das Maß ist voll. Nun muss der Gesetzgeber endlich handeln.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb seit Jahren die Einführung eines § 115 im Strafgesetzbuch, der nicht nur Angriffe in Vollstreckungssituationen, sondern auch Angriffe aus dem Nichts umfasst.

Christian Schumacher

Hintergrund

Die Anzahl von Gewalttaten gegen Polizeibeamte steigt in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren. Wurden im Jahre 2011 noch 582 Fälle registriert, waren es 2012 bereits 615 Übergriffe. Für 2013 liegen noch keine Zahlen vor. Im Jahr 2011 wurden 571 Beamte bei diesen Angriffen verletzt. Das waren fast zehn Prozent aller Polizeibeamten im Vollzugsdienst.



GEWALT GEGEN POLIZISTEN

30 Polizeibeamte beim Spiel F.C. Hansa Rostock – RB Leipzig verletzt

„Wir sind es leid, nahezu jede Woche wieder von massiven Angriffen und Verletzungen unserer Kolleginnen und Kollegen am Rande von Fußballspielen zu hören“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

Während des 2. Halbzeit des Fußballspiels F.C. Hansa Rostock – RB Leipzig am 26. 4. 2014 verlies eine gro-

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Juli 2014 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 2. 6. 2014. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DKB Arena – Südtribüne: Polizeikräfte warten auf ihren Einsatz

Foto: Youtube.com

ße Anzahl gewaltbereiter Chaoten die Südtribüne und attackierte gezielt Polizistinnen und Polizisten mit Pyrotechnik, Farbbeutel sowie Teilen von zuvor zerstörter Stadion- und Sanitäreinrichtungen. Durch diese Angriffe wurden mehrere Polizeibeamte verletzt.

„Diese Form ungezügelter und blindwütiger Gewalt gegen meine Kolleginnen und Kollegen macht mich fassungslos. Das hat nichts mit Fan- kultur zu tun, das sind Verbrecher die u. a. auch IHREM Verein schaden“, so Schumacher weiter.

Die GdP fordert den F.C. Hansa auf, die Identifizierung der Straftäter inten-

siv mit allen Mitteln zu unterstützen und sich somit aktiv von solchen Tätern zu distanzieren. „Es handelt sich um Gewalttäter und nicht um Fans. Es ist bekannt, wo sie stehen und ihre Privilegien ausnutzen.“ Gleichzeitig fordern wir Innenminister Caffier auf, sich für die bundesweite Datei „Intensivstraftäter Fußball“ einzusetzen.

Die GdP dankt allen betroffenen Kolleginnen und Kollegen für ihren Einsatz, den sie Woche für Woche zum Schutz der friedlichen Fans leisten.

Gleichzeitig denken wir an alle verletzten Kolleginnen und Kollegen und wünschen Euch gute Besserung und eine baldige Genesung!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

EINSATZBETREUUNG

GdP-Betreuung zum Spiel

Am Samstag, dem 26. April 2014, waren der GdP-Bezirk Bundespolizei und unser Landesbezirk für euch unterwegs. Erneut hat sich die Zusammenarbeit bewährt, und man konnte die Einsatzkräfte stationär am Rostocker Hauptbahnhof sowie mobil im Stadtgebiet und am Stadion mit Kuchen und Kaffee versorgen. Kommentar eines Kollegen: „Tolle Aktion! Danke für den wirklich leckeren Kuchen! Das zeigt mal wieder, dass die GdP es versteht, bei IHREN Kollegin-



nen und Kollegen zu sein und selbst solche Einsätze wie diesen in Rostock mit einem angenehmen Farbtupfer zu versehen!“



DER LANDESVORSTAND

„Sanktönchen“ des F.C. Hansa Rostock

– Den Gewalttätern keine Tribüne mehr in den Stadien geben –

„Der Fußball gehört den Fans, nicht den Gewalttätern“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, nach der Bekanntgabe der Sanktionen des F.C. Hansa Rostock aufgrund der Ausschreitungen im letzten Heimspiel. Die nun vom F.C. Hansa Rostock angekündigten Maßnahmen können nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Die massiven Angriffe auf Polizistinnen, Polizisten und Ordner in der Pressemitteilung des F.C. Hansa als „Ereignisse“ zu bezeichnen, kann man nur als verbale „Schönfärberei“ bezeichnen.

Die Randalen und Entgleisungen der Gewalttäter in der jüngsten Vergangenheit sollten dazu führen, dass der F.C. Hansa Rostock die Südtribüne nicht nur für ein Spiel schließt. Der Beigeschmack „wir haben etwas getan und das reicht“, steht sehr stark im Raum. Für einen Kuschelkurs gegenüber den Gewalttätern besteht wahrlich kein Anlass. So will der Verein beispielsweise die Kosten für eine Tageskarte auf der Südtribüne in den ersten drei Heimspielen der neuen Saison um je 5 Euro erhöhen. Gewalttäter zahlen dann also 15 Euro mehr und kommen trotzdem ins Stadion?!

Begrüßenswert sei, so Schumacher, dass der Ordnerbestand im Bereich der Südtribüne in der kommenden Saison signifikant erhöht und die Einlasskontrollen weiter verstärkt werden sollen. Diese Forderung der Gewerkschaft der Polizei vom 23. Oktober 2013 nach den Gewalttätigkeiten beim Ost-Derby zwischen dem F.C. Hansa Rostock und dem Hallescher FC wird nun endlich erfüllt.



Unser GdP-Landesvorsitzender Schumacher verurteilte die Attacken auf Polizisten beim Hansa-Heimspiel scharf: „Das ist eine neue Qualität. Es muss uns gelingen, dass die Gewalttäter gefasst werden. Es darf nicht sein, dass sich ein Gewalttäter irgendwie verstecken kann.“

Foto: NDR-Nordmagazin

Schumacher: „Wer in das Stadion geht, um massiv Polizeibeamte und Ordner anzugreifen, hat mit den Spielen des F.C. Hansa nichts am



Hut und stellt sich ins Abseits. Die Gewalt im Stadion wird sich meiner Meinung nach durch die Schließung der Südtribüne für einen Spieltag nicht ändern. Gewalttäter haben kein Recht, Fußballspiele in Stadien mitzuerleben.“ Ziel muss es sein, dass z. B. durch Meldeauflagen und ein Verbot der Personenbeförderung durch öffentliche Verkehrsmittel es erreicht wird, dass bekannte Fußballstraftäter gar nicht erst in die Stadien kommen können.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) appelliert an alle wahren Hansa-Fans: Feuern Sie weiterhin den F.C. Hansa an, lassen Sie uns Fußballspiele erleben, bei denen es auf dem Platz heiß hergeht. Aber verhalten Sie sich friedlich, distanzieren Sie sich immer von den Kra-wallmachern. Bieten Sie niemals denen ein Forum und einen anonymen Rückzugsraum, die Fußballspiele nur als Bühne für gewalttätige Auseinandersetzungen missbrauchen wollen.

An die Adresse der Fanszene Rostock e.V. gerichtet, sagte Schumacher abschließend: „Ich vermisste bei der gestern (1. Mai 2014) veröffentlichten ‚Stellungnahme der Fanszene Rostock e.V. zu den Ereignissen auf der Südtribüne während des Heimspiels gegen Rasenballsport Leipzig‘, klare Worte darüber, dass Angriffe auf die Polizei nicht zu akzeptieren sind und man sich klar von solchem Verhalten distanziert.

Folgende Sanktionen und Maßnahmen wurden mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt:

1. Beim Heimspiel gegen Wehen Wiesbaden (10. Mai 2014) bleibt die Südtribüne geschlossen.
 2. Die Kosten für Tageskarten auf der Südtribüne werden in den ersten drei Heimspielen der neuen Saison um je 5 Euro erhöht.
 3. Der Ordnerbestand im Bereich der Südtribüne wird in der kommenden Saison signifikant erhöht und die Einlasskontrollen werden weiter verstärkt.
 4. Für die Vorbereitung von beispielsweise abgesprochenen Choreografien haben einige Fanclubs des F.C. Hansa Rostock vertrauensvoll Arbeitskarten vom Verein erhalten. Der Fanszene Rostock e.V. wird ab sofort das Mitnehmen von Fanutensilien abweichend von der Stadionordnung untersagt – sämtliche Arbeitskarten werden eingezogen. Somit sind der Fanszene Rostock e.V. bis auf Widerruf keine Choreografien in der DKB-Arena gestattet.
 5. Der Fancontainer im Umlauf der Südtribüne, der für den Verkauf von Fanartikeln der Fanszene Rostock e.V. verwendet worden ist, wird bis auf Weiteres geschlossen. Damit wird der Fanszene Rostock eine erhebliche Finanzierungsquelle entzogen.
 6. Der F.C. Hansa Rostock prüft außerdem die Möglichkeit des personalisierten Kartenverkaufs für die Südtribüne in der kommenden Spielzeit.
 7. Weiterhin prüft der F.C. Hansa Rostock für die kommende Saison die Option, ausschließlich registrierte Dauer- und Tageskarten für seine Auswärtsspiele zu verkaufen.
- Diese sieben Maßnahmen gelten bis auf Weiteres und bis zum Widerruf durch den F.C. Hansa Rostock.



GdP beklagt die Zunahme der politisch motivierten Kriminalität 2013 im Land

– Forderung: klares Bekenntnis zur Landespolizei sowie eine klare gelebte Abgrenzung gegenüber jeder Form von Gewalt und Extremismus –

Als beklagenswert bezeichnete am 29. April 2014 der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, die Steigerung der politisch motivierten Kriminalität. Durch eine gute und professionelle Arbeit der Polizistinnen und Polizisten im Land M-V wurde zwar eine Steigerung der Aufklärungsquote erreicht, die politisch motivierte Kriminalität stieg aber im Jahr 2013 um über 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf nun insgesamt 1108 Delikte.

„Die Bereitschaft, gegen den Staat, seine Einrichtungen und seine Vertreter Gewalt einzusetzen und Kriminalität auszuüben, nimmt zu“, so Schumacher.

Es darf dabei nicht vergessen werden, dass seit Jahren Polizeibeamtinnen und -beamte auch selbst Opfer von politisch motivierter Gewalt sind. Für Links- wie Rechtsextreme oder religiös-radikale Fanatiker sind Polizistinnen und Polizisten keine Menschen, sondern Zielscheibe des Hasses auf den demokratischen Staat.

Der GdP-Landesvorsitzende forderte daher von allen etablierten Parteien ein klares Bekenntnis zur Landespolizei sowie eine klare gelebte Abgrenzung gegenüber jeder Form von Gewalt und Extremismus.



„Ich erwarte insbesondere im Hinblick auf die Demonstrationen am 1. Mai in Rostock, dass sich friedliche Demonstranten von gewalttätigen Chaoten deutlich abgrenzen! Wer

glaubt, für eine gute Sache zu demonstrieren, darf nicht mit denen sympathisieren, die sie mit Gewalt durchsetzen wollen!“

Der Landesvorstand

EINSATZBETREUUNG

GdP-Betreuung zum Einsatz am 1. Mai

Vor einem Aufmarsch von etwa 300 NPD-Anhängern in Rostock kam es nach GdP-Informationen ebenfalls zu Zwischenfällen. So hatten an einem Rostocker S-Bahnhof auf der Anfahrtstrecke der Rechtsextremen mehrere mit Holz beladene Güterwagen gebrannt. An einem weiteren Bahnhof wurde ein verdächtiger Koffer „entschärft“.

Rund 2000 Gegendemonstranten hatten unter anderem mit einer Sitzblockade, an der Landespolitiker teilnahmen, versucht, den Aufzug zu stoppen. Vereinzelt wurden Gegenstände auf Einsatzkräfte geworfen, als diese Blockaden



der Gegendemonstranten auflösten. Insgesamt waren 1500 Polizeibeamte im Einsatz, Meldungen über verletzte Kolleginnen oder Kollegen seien ihm nicht bekannt, sagte der Landesbezirksvorsitzende der GdP Mecklen-

burg-Vorpommern, Christian Schumacher, am Freitagmorgen. Schumacher: „Dieser Einsatz hat gezeigt, dass die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern auf dem letzten Loch pfeift. Ohne Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus Hessen, Thüringen und der Bundespolizei wäre es noch schwieriger geworden. Trotzdem freue ich mich darüber, dass trotz des Kräftenmangels die Polizei einen hervorragenden Einsatz geleistet hat und für einen weitgehend ruhigen Ablauf des 1. Mai gesorgt hat.“

Dafür gebührt meinen Kolleginnen und Kollegen ein besonderer Dank.“



KREISGRUPPE ANKLAM

Der Polizei in Vorpommern-Greifswald droht Pensionierungswelle

– Bis 2025 gibt es durch altersbedingten Ruhestand einen Personalrückgang von rund 250 Beamten –

Die Polizei in Vorpommern-Greifswald steuert auf einen massiven Personalmangel zu. Bis 2025 könnten rund 250 Polizisten weniger Streifen fahren oder Ermittlungs- und Verwaltungsarbeit leisten, fürchtet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Anklam. Rund 500 Polizisten arbeiten derzeit in der Polizeiinspektion Anklam und ca. 120 Polizisten in der Kriminalpolizeiinspektion Anklam.

Die Zahl der Neueinstellungen in der Landespolizei ist seit einigen Jahren auch leider nur konstant geblieben, reicht aber auf lange Sicht nicht aus, um die große Zahl der Beamten zu ersetzen, die altersbedingt in den Ruhestand gehen. „Wir müssen 1:1 nachbesetzen“, fordert der Kreisgruppenvorsitzende der GdP, Marco Bialecki. „Gleichzeitig müssen wir eigentlich schon jetzt zügig mehr ausbilden – nur um die gleiche Mannschaftsstärke zu halten“, so Bialecki weiter. Für Marco Bialecki ist das „Ende der Fahnenstange erreicht. Mit weniger Personal kommen wir in

Vorpommern-Greifswald nicht aus. Ansonsten könne die Polizei für die Sicherheit der Bürger nicht mehr garantieren.“

Wenn die ausscheidenden Beamten nicht ersetzt würden, fürchtet die GdP, könnten Straftaten bald nur noch verwaltet werden. Schon jetzt zeige die Kriminalitätsstatistik in einigen Bereichen einen Rückgang der Aufklärungsquote. Sinke der Personalstand weiter, könne es passieren, dass man künftig im Notfall länger auf die Beamten warten müsse, befürchtet Bialecki.

GdP-Kreisgruppenvorstand Anklam

ÜBUNGSBETREUUNG

GdP-Betreuung zur EE-Übung

Am 10. April 2014 führte die Einsatzinheit der Polizeiinspektion Anklam auf dem Bundeswehrgelände in Torgelow eine Übung durch.



Die im Inspektionsbereich befindlichen vier GdP-Kreisgruppen (Anklam, Greifswald, Uecker-Randow und Wolgast) organisierten für diesen Tag eine Betreuung.

Hierbei konnten sich Kollege Christian Schumacher, Landesvorsitzender der GdP Mecklenburg-Vorpommern, Kollege Henry Gaßmann, Vorstandsmitglied der Kreisgruppe Uecker-Randow, sowie der Kreisgruppenvorsitzende Anklam, Marco Bialecki, ein umfassendes Bild von der Übung machen und schon anfänglich die Einsatzinheit mit Kaffee, Tee und Kuchen (Danke an die Bäckerei & Konditorei Lassin) versorgen.

GdP-Kreisgruppenvorstand Anklam

LANDESVORSTAND UND KREISGRUPPE GREIFSWALD

Glückwunsch zum 65.!

Anlässlich des Geburtstages von Polizeiseelsorger Andreas Schorlemmer beglückwünschte ihn der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher in Groß Kiesow bei Greifswald. „Lieber Andreas, wir wünschen Dir für die Zukunft alles erdenklich Gute, insbesondere Glück, Zufriedenheit und Gesundheit, was Du noch sehr lang im Kreis Deiner großen Familie genießen mögest!“

KG Greifswald

Im Namen der Kreisgruppe Greifswald überreichten wir unserem Kreisgruppenmitglied eine kleine Aufmerksamkeit und gratulierten recht herzlich. Wir bedanken uns hiermit für die Gastfreundschaft und für die vielen kleinen und großen Dinge, die Andreas bisher nicht nur für die Mitglieder unserer Kreisgruppe, sondern auch für viele, viele Polizisten und Polizistinnen im Land getan hat! Danke Andreas!

Anja Stolzenburg



LANDESREDAKTION

Personalratswahlen 2014



Aufgrund des Redaktionsschlusses, werden wir erst in der nächsten Ausgabe über den Ausgang der Personalratswahlen berichten. Aktuell könnt ihr euch auf www.gdp.de/mv oder auf Facebook: www.facebook.com/gdp.mv informieren.

Der Landesredakteur



Neuer Kreisgruppenvorstand gewählt

Am 24. 4. 2014 trafen sich im Polizeizentrum Graf-York-Str. in Schwerin die Delegierten aus den Dienststellen des LBPA und des LPBK M-V, um den neuen Kreisgruppenvorstand (Foto) der Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA/LPBK M-V zu wählen.

Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgruppe, Jörn Liebig, wurde der Kollege Ralph Hofmann zum Versammlungsleiter gewählt und führte souverän durch die weiteren Tagesordnungspunkte. In einem kurzen Rückblick ging der KG-Vorsitzende auf die wichtigsten Themen des zurückliegenden Jahres ein und verwies insbesondere auch noch einmal deutlich auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Personalratswahl 2014. In den neuen Kreisgruppenvorstand wurden anschließend Jörn Liebig (Vorsitzender), Ulrich Schroeder (Stellvertreter), Dirk Wollermann (Kassierer), Ute Wienecke (Schriftführerin) sowie Melanie Schöne, Ralph Hofmann und Silvio Bamberg gewählt. Im Namen des neu gewählten Vorstandes dankte der Vorsitzende



für das entgegengebrachte Vertrauen. Gewerkschaftsarbeit ist auch und in ganz besonderem Maße Teamarbeit. Nur gemeinsam mit den Vertrauensleuten an der Basis und den Mitgliedern wird es dem Kreisgruppenvorstand auch künftig gelingen, die gewerkschaftliche Arbeit erfolgreich zu bewältigen.

Der Kreisgruppenvorstand

Herzlichen Glückwunsch



„Das Glück besteht nicht darin, dass du tun kannst, was du willst, sondern darin, dass du auch immer willst, was du tust.“ (Leo Tolstoi)

Unsere Geburtstagskindern Frank Stolzenburg, Wieland Dodszeit, Florian Drawert, Robert Alms, Peter Neumann und Uwe Bluhm wünschen wir alles Gute, Glück, Erfolg und beste Gesundheit.

Euer Kreisgruppenvorstand

BILDUNG

Fürsorgepflicht? Denkste!

Wie schon beim dienstlichen Rechtsschutz (... kann von anderer Seite Rechtsschutz erlangt werden?) entzieht sich der Dienstherr immer mehr seiner Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten. Der Dienstherr hat im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl der Beamtinnen und Beamten und ihrer Familien, auch für die Zeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, zu sorgen. Er schützt die Beamtinnen und Beamten bei ihrer amtlichen Tätigkeit und in ihrer Stellung (§ 45 Fürsorge im Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern).

Das Berufsbeamtentum und die daraus resultierende Fürsorgepflicht ist keine Erfindung der Neuzeit. Bereits der preußische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (1713 bis 1740), wurde der „Vater des Berufsbeamtentums“ genannt. Unter seiner Regierung entstanden erstmals der Vorbereitungsdienst und die Laufbahnprüfung. Friedrich II. (der Große, 1712 bis 1786) war es dann, der das Gemeinwohl zum Primärziel erhob und sich selbst als ersten Diener des Staates sah. Er führte den Ausbau des Berufsbeamtentums fort.

Die erste zusammenfassende gesetzliche Regelung des Beamtenbe-

rufs ist im Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 zu finden: „Von den Rechten und Pflichten der Diener des Staates.“ Seitdem war der Beamte nicht mehr Diener seines Fürsten, sondern Diener des Staates

Die Kernregelungen, die sich spätestens in der Weimarer Republik manifestierten, zählen zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG. Nach Inkrafttreten des Grundgesetzes (23. 5. 1949) wurden durch das Bundesverfassungsgericht weitere vereinzelte Rechte und Pflichten als zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbe-

amtentums gehörig anerkannt. Dazu zählen unter anderem

- die grundsätzliche Anstellung auf Lebenszeit,
- die volle Hingabe an den Beruf, jetzt in § 34 BeamtStG als „voller persönlicher Einsatz“ bezeichnet (Dienstleistungspflicht ist durch ständige Dienstbereitschaft geprägt),
- die Residenzpflicht (§§ 56 ff. LBG M-V),
- die Neutralitätspflicht der Beamten, unparteiische Amtsführung, Eintreten für die Freiheitliche demokratische Grundordnung (§ 33 BeamtStG),



- das Streikverbot (Verbot kollektiver Maßnahmen zur Wahrung gemeinsamer Berufsinteressen),
- der gerichtliche Rechtsschutz (Beamte sind über Beschwerden und Behauptungen tatsächlicher Art zu hören, es ist ihnen der Beschwerdeweg einzuräumen) und
- die Fürsorgepflicht des Dienstherrn (§ 45 BeamtStG)

Grundrechte aufgeben

Die Anstellung auf Lebenszeit gaukelt immer eine gewisse Sicherheit für die Diener des Staates vor. Dass sie aber auch viele Grundrechte dafür aufgeben müssen, wird oft nicht gesehen.

Mit voller Hingabe an den Beruf haben viele Beamtinnen und Beamte über Jahrzehnte, im wahrsten Sinne, ihre Haut zu Markte getragen.

Um dann aber die Fragen für den zukünftigen Ruhestand zu beantworten (bisher mickrige zwei Seminartage im Jahr) wird der Aufwand dafür vom Dienstherrn für nicht mehr vertretbar gehalten und diese Tagesseminare (OZ 4810) werden abgeschafft.

Versorgungsempfänger, Pensionäre, Ruheständler oder Senioren (viele Namen für einen Zustand) bleiben Beamte und sind nicht per Gesetz von der Fürsorgepflicht des Dienstherrn ausgeschlossen.

Aber zum Glück gibt es sie, die Berufsvertretungen der Beamten. Sie bleiben auch die Interessenvertretungen der Gruppe der Ruhestandsbeamten.

Die Gewerkschaft der Polizei hilft weiter

Wir bieten einen Kurs an, in dem die Fragen von

A- wie Antrag auf vorübergehende Erhöhung der Ruhegehältes bis

Z- wie Zahlung und Regelungen von Versorgungsbezügen

besprochen und diskutiert werden können.

Bei Interesse informiert Euch über Ablauf und Modalitäten bitte bei den Vorständen der Kreisgruppen.

Personelle Entwicklung der Polizeiinspektion Ludwigslust nach der PSR 2010

Wie wir alle wissen, hatte die neue Polizeistruktur das große Ziel, die Anzahl der Streifenbeamtinnen und -beamten auf den Straßen in unserem schönen Bundesland zu erhöhen. So wurde es zumindest, offiziell in den Medien Anfang 2011 präsentiert. Diesen Erfolg wollte man durch die Reduzierung von Führungsebenen und die damit verbundene personelle Verschlankeung der Verwaltung sowie der Abschaffung der „Inspektionen Zentrale Dienste“ und der „Verkehrsüberwachungsdienste“ der Polizeiinspektionen erreichen.

Jetzt existieren zwei Polizeipräsidien (Rostock und Neubrandenburg) statt der fünf Polizeidirektionen und nur noch acht Polizeiinspektionen und vier Kriminalpolizeiinspektionen. Mathematisch gesehen haben wir jetzt weniger Behörden und Inspektionen.

Eine von den acht Inspektionen ist die Polizeiinspektion Ludwigslust, welche polizeilich verantwortlich für den Landkreis Ludwigslust-Parchim ist. Dieser Landkreis ist der zweitgrößte im Land Mecklenburg-Vorpommern. Wie in jeder anderen Polizeiinspektion (PI) existieren in der PI Ludwigslust neben dem Führungsstab und dem Kriminalkommissariat mit fünf Kriminalkommissariataußenstellen, zwei Polizeihauptreviere (PHR), vier Polizeireviere (PR) und ein Autobahnverkehrspolizeirevier (AVPR). An der Anzahl der PHR/PR und AVPR ist auch erkennbar, wie groß doch flächenmäßig der Inspektionsbereich ist. Die Höhe des Personalbestandes (Zielstärke) der PI Ludwigslust wird durch das Polizeipräsidium (PP) Rostock jedes Jahr neu festgelegt. Jedes deshalb, weil das Innenministerium die Zielstärken der Polizeipräsidien jedes Jahr unter Beachtung der politischen Vorgaben (Personalabbau bis 2015 vorerst festgeschrieben) neu vorgibt.

Das PP Rostock macht es sich dabei nicht einfach, das Personal „gerecht“ zu verteilen. Als Grundlagen dienen hier die PKS, Unfallzahlen, Einwohnerzahl und Fläche (prozentual unterschiedlich gewichtet) der einzelnen PI'en. Vorher wird eine bestimmte Anzahl von Planstellen in Vorwegabzug gebracht. So hat man u. a. für die PI Rostock 20 Planstellen in dem Vorwegabzug festgelegt mit der Begründung, der höheren Belastung der Mitarbeiter durch dort stattfindende

Fußballspiele des F.C. Hansa Rostock und anderer öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen entgegenzuwirken. Klingt plausibel und nachvollziehbar. Was aber nicht nachvollziehbar ist, dass man der PI Ludwigslust nur eine Planstelle in Vorwegabzug gebracht hat, um die anstehenden Aufgaben mit der Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (u. a. Abschiebung von Ausländern), die sich im Zuständigkeitsbereich der PI Ludwigslust befindet, zu lösen. Wenn man dann noch weiß, dass bei Risikospielen des F.C. Hansa Rostock die Einsatzeinheiten der Polizeipräsidien, welche überwiegend aus dem Personalbestand der Polizeireviere kommen, und die PI Ludwigslust zwei Einsatzzüge stellten, ist es noch weniger zu verstehen. Auch wenn man es im PP Rostock kaum glauben kann, so haben die anderen Polizeiinspektionen in ihren Bereichen ebenfalls öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, welche nur durch einen höheren oder sogar hohen Kräfteinsatz störungsfrei zu gewährleisten sind, so auch die PI Ludwigslust.

Die Zielstärke, welche jedes Jahr nach „unten“ voranschreitet, wird in der PI Ludwigslust eins zu eins durch die Reviere umgesetzt. Das hat auch schon der Inspekteur der Landespolizei, Herr Springstein, bei seinem letzten Besuch festgestellt. Vergleicht man die Personalstärken der Polizeireviere in der PI Ludwigslust zum jetzigen Zeitpunkt mit März 2011, so ist in allen Revieren ein deutliches Minus sichtbar. Ist aber auch nicht verwunderlich!

Die Zielstärken in den Stäben (ob PP Rostock oder PI'en) ist festgeschrieben, und es werden auch alle gebraucht, eher sind es noch zu wenig.

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

Bei Ausfall von Mitarbeitern holt man sich den Ersatz aus den PI'en und aus den Polizeirevierern. Die Zielstärken der KPI'en bleiben fast konstant. Die Anzahl der Mitarbeiter im KK ist gleich geblieben eher leicht gestiegen, obwohl seit Jahren sinkende Fallzahlen festgestellt werden. Man kann also Personal nur in den Revieren abbauen, was auch so praktiziert wird.

Ausgehend von der festgelegten Zielstärke hat der Leiter der PI Ludwigslust sein Personal so verteilt, dass alle Polizeireviere unabhängig von ihrer Belastung die gleichen Dienstgruppenstärken haben. Nur einem Revier wurde pro Dienstgruppe eine Planstelle mehr eingeräumt. Ob das so gerecht ist, müssen die Verantwortlichen im PP und in der PI beantworten. Wir als Kreisgruppe der GdP halten diese Verteilung für überarbeitungswürdig und würden die Verteilung der Planstellen entsprechend der Arbeitsweise im Präsidium favorisieren. Doch bei der knapp bemessenen Zielstärke der PI Ludwigslust ist es nicht einfach, die zur Verfügung stehenden Planstellen so zu verteilen, dass die PHR/PR und das AVPR auch nur annähernd so viel Personal zur Verfügung hätten, um alle anstehenden Aufgaben und entstehenden Lagen entsprechend zu erfüllen.

Man darf nicht vergessen, dass man die Inspektionen Zentrale Dienste und die Verkehrsüberwachungsdienste abgeschafft hat, aber deren Aufgaben geblieben sind. Zum Verständnis heißt das, dass weniger Personal in PHR/PR und AVPR mehr Aufgaben erfüllen müssen als noch vor der PSR. Nun sind in einigen Bereichen die Ergebnisse (u. a. Zielvereinbarung) nicht so, wie man es sich vorgestellt hat.

Woran liegt das wohl??

Man sollte sich fragen, wie lange man diesen Prozess noch vorantreiben will und wie man die Arbeitsfähigkeit aller Polizeireviere aufrechterhalten kann.

In der PI Ludwigslust wurde das Ziel der Polizeistrukturreform eindeutig nicht erreicht.

Mehr Aufgaben, weniger Personal, Anhäufung von Mehrarbeitsstunden, erhöhter Krankheitsstand sind die Praxis.

Euer Kreisgruppenvorstand Schwerin

Eine malerisch schöne Versammlung!

- „Ludwig Bölkow Haus“ der IHK zu Schwerin mit Blick aufs Wasser am Fuße des Schweriner Schlosses -

Einmal jährlich sollte diese Veranstaltung als dienstinterner Höhepunkt zu bewerten sein. Es soll auch schon vorgekommen sein, dass sich Beamte auf die alljährliche Dienst- und Personalversammlung gefreut haben. Wäre es nicht schön, wenn wir manchmal in „alte Zeiten“ zurückfallen könnten. Aber so ist es nun mal im Leben, man kann die Zeit nicht zurückdrehen, und so musste es offensichtlich kommen, wie es kommen muss.

Zugegeben, das Ambiente des Veranstaltungsortes war malerisch gewählt und man konnte sich zumindest beim Aus-dem-Fenster-Schauen nicht langweilen. Nun ist die Pointe schon mal vorweggenommen, denn an sogenannte Highlights konnten sich die wenigsten erinnern.

Doch, entschuldigt, da war noch der professionell gestaltete Film über die Polizei. Wie die Macher schon angekündigt, es sollte kein Film für die Polizei – also der Bedienstete muss sich hier nicht mehrheitlich wiederfinden – sondern es soll ein Film für den Bürger sein, also für diejenigen, die sich eines Tages für den Polizeiberuf interessieren. Wir wollen nur hoffen, wenn diese jungen, agilen und aufopferungsvollen Menschen eines Tages ihre Polizeiausbildung abgeschlossen haben, dass diese nicht von der Realität erschlagen werden. Denn größtenteils sollte der „Schutzmann“ auf der Straße gesehen werden und nicht hauptsächlich unter/auf dem Wasser und in der Luft seinen Dienst versehen.

Ich habe immer noch in der Erinnerung, dass eine Dienstversammlung ein Resümee über das Erreichte angegeben und richtungsweisend für alle Beteiligten sein sollte, aber vielleicht gehört dies auch schon zu den „alten Zeiten“.

Da schauten wir gespannt, ob es noch Positives von den Beamten aus dem Polizeihauptrevier, den Anzeigendiensten, den Kontaktbeamten, den Verkehrsüberwachern, den Mitarbeitern aus dem KK Schwerin oder Objektschutz zu berichten gab, Fehl-anzeige. Viele haben sich überhaupt nicht wiedergefunden und abgeholt gefühlt. Wenn man nicht die Mitarbeiter/-innen aus der Verwaltung und Personal vergessen hätte,



Klaus-Dieter Bruns

Foto: privat

konnte man den Eindruck gewinnen, es handle sich um eine ausgesprochene Führungsgruppenveranstaltung.

Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Beamten die Nase voll haben und nach Beendigung der Dienstversammlung den Veranstaltungsraum fluchtartig verlassen.

Die Leidtragenden waren nun die Veranstalter der Personalversammlung. Wir hätten uns schon gewünscht, wenn sich die jungen Beamten für diese Veranstaltung interessiert hätten, denn diese war allemal interessanter als die vorherige Dienstversammlung. Ganz besonders hat vielen der Redebeitrag über die Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefallen.

Selbst müssen wir es uns auf die Fahne schreiben, wenn alle die, die sich im Anschluss über die Dienstversammlung aufgeregt und ihre Stimme erhoben haben, sich nur anteilig auf der Veranstaltung in die Diskussion eingebracht und geäußert hätten, dann wären wir insgesamt schon ein Stück weiter.

Klaus-Dieter Bruns (KK Schwerin)

